

Kirsten ist für uns erste Wahl

Unsere Bundestagsabgeordnete kämpft für ein selbstbestimmtes Leben in den Dörfern und kleinen Städten

Eigentlich ist es müßig, einen Text zu schreiben, der sich nur mit Kirsten im Wahlkampf beschäftigt. Denn wer Kirsten Tackmann kennt, der weiß, dass unsere Bundestagsabgeordnete nicht erst die letzten Wochen vor einer Bundestagswahl aktiv wird, sondern sich - sei es im Bundestag oder vor Ort - unermüdlich für die Interessen ihrer WählerInnen einsetzt. So ist sie in den letzten vier Jahren in ihrer sitzungsfreien Zeit im Namen linker Politik oft in der Prignitz, in Ostprignitz-Ruppin und Teilen des Havellandes unterwegs gewesen.

Trotzdem haben wir uns natürlich auch für den Wahlkampf einige Besonderheiten ausgedacht. So wird Kirsten in diesen ersten zwei Wochen im August im ganzen Land Brandenburg im Rahmen einer Tour der Spitzenkandidaten unterwegs sein.

Ab Mitte August bis zur Bundestagswahl werden wir uns dann mit der weiteren Sommertour besonders auf die Dörfer und Gemeinden des Wahlkreises konzentrieren.

So ist geplant, dass die Abgeordnete für Ihre geleistete Arbeit Rede und Antwort stehen wird. Hierfür sind Veranstaltungen in Dorfgemeinschaftshäusern sowie auf öffentlichen Plätzen oder in Einrichtungen angedacht.



Kirsten Tackmann während ihrer Sommertour zu Besuch bei der Dabergotzer Agrar GmbH. Betriebsleiter Bernd Pieper lässt die Abgeordnete an der (wohl ganz appetitlichen) Silage riechen, die im Betrieb nach eigenem patentierten Rezept hergestellt wird.
Foto: Paul Schmudlach

Hier einige Termine:

- **Dienstag, 15.8.2017** ab 12 Uhr in der Tafel Rheinsberg
- **Dienstag, 22.8.2017** ab 12.30 Uhr in Heiligengrabe
- **Donnerstag, 24.8.2017** ab 10 Uhr in der Sprechstunde unter freiem Himmel auf dem Neuruppiner Schulplatz (Weitere Sprechstunden werden während der Wahlkampfzeit im Wahlkreis stattfinden und rechtzeitig bekannt gegeben.)

Außerdem wird es auch die Möglichkeit geben, Kirsten auf dem Sommerfest der

LINKEN. OPR am **Samstag, 19. 8.2017** ab 13 Uhr auf dem Amtshof in Wittstock für Gespräche anzutreffen.

Desweiteren wird sich Kirsten Tackmann auch wieder auf Podiumsdiskussionen, so zum Beispiel bei den Senioren der Gewerkschaft ver.di, am **Mittwoch, 16.8.2017** im Gewerkschaftszentrum Junckerstr. 6a in Neuruppin den Fragen der Zuhörer stellen.

Paul Schmudlach
Kreisvorsitzender DIE LINKE. OPR

Siehst du den Kraken mit den Dollarzeichen?

80.000 protestierten friedlich in Hamburg - wir waren dabei

Diese politischen Ansagen waren klar: Diese Welt ist unsere und sie soll anders werden, als sich das die G20-Mächtigen einige hundert Meter weiter gerade zurechtlegten. Der Krake mit den Dollarzeichen war ein besonders treffendes Symbol für den Zustand der Verhältnisse. Und er eignete sich ausgezeichnet

als Treffpunkt, wenn man sich unter rund 80.000 G 20-Demo-Teilnehmenden am 8. Juli in Hamburg verloren hatte. Die Stimmung war zunächst angespannt, die Berichterstattung über das brutale Vorgehen der Polizei in den vergangenen Stunden hatte ihre Wirkung getan. Viele hatten offenbar kurzfristig beschlossen,

nicht mehr zu kommen und lieber ihr Recht auf Demonstration und Opposition sausen zu lassen. Schade! Da machte die nimmermüde Esther Bejarano mit ihren 93 Jahren so manchen jungen Schissern auf dem Sofa noch was vor. Mindestens ein Dutzend Altersheim-Bewohnende

Fortsetzung auf Seite 2

Siehst du den Kraken mit den ...

Fortsetzung von Seite 1

waren ebenfalls dabei - natürlich mit Rollator. Von den »gewaltbereiten Linksextremisten« keine Spur: Da waren KommunistInnen und Genossen, GewerkschafterInnen und Sozialisten, Autonome, Hippies, Clowns, Freaks, Transgender, feministische AktivistInnen, HausbesetzerInnen, Schlümpfe, Friedensbewegte und Kiffer - Menschen aller Hautschattierungen, jeden Alters und vieler Sprachen. Gefehlt haben die Cottbuser Genossinnen und Genossen, denen war kurzfristig aus Versicherungsgründen der Bus weggekündigt worden.

In Summe ist es z.B. so und mit der Drohkulisse einer brennenden Stadt aber leider gelungen, die magische Grenze von 100.000 G 20-GegnerInnen zu verhindern. Aber für die, die dabei waren, war es eine supertolle Gelegenheit, mit zahlreichen kreativen Ideen und internationaler Beteiligung zu bekräftigen: Es gibt uns noch, die Widerständigen zu eurer desaströsen Machtpolitik, die die Umwelt zerstört, sich an Kriegen eine goldene Nase verdient und Menschen aus ihrer Heimat vertreibt. Nicht mit uns - Venceremos!

Kurios war noch folgendes: Die ganze Innenstadt schien mit Plakaten gepflastert, die auf eine Demo einluden,



Foto: Uwe Hixsch

die um 12 Uhr an der Hamburger U-Station Meißberg stattfand - also nicht zur G 20-Gegendemo ab 11 Uhr an den Deichtorhallen. Des Rätsels Lösung: SPD, Grüne, Plan international, die Hansestadt Hamburg und noch ein paar andere hatten mal eben eine Konkurrenzdemo ausgerufen, mit Gottesdienst und Fischbrötchen. Dort versammelten sich immerhin (laut Radiobereich) nochmal 10.000 Leute. Inwiefern hier wirklich zwei getrennte Demos liefen, ist nicht nachvollziehbar. Hauptsache, die SPD kommt mit ihrer Schizophrenie zurecht.

katzenkrise
(Name ist der Redaktion bekannt)

Pressefest der »Kleinen«

Am 15. Juli 2017 fand in Bernau wieder das Pressefest der kleinen Zeitungen statt. Interessante Gäste aus Kultur, Sport und



»Little Panther«, die kleine Frieda mit ihrer Mama kurz vor dem Start zum Lauf. Foto: Frithjof Newiak

Politik trafen sich zum Erfahrungsaustausch oder einfach nur zum reden und entspannen. Journalisten, Buchhändler, das Netzwerk für Weltoffenheit, Live-Musik, Stände von »Cuba si«, dem »neuen deutschland«, der »Rosa-Luxemburg-Stiftung« und der »Roten Reporter« sorgten für Stimmung und Abwechslung.

Einer der Höhepunkte war wieder der traditionelle Spendenlauf. Den Startschuss gab diesmal die vielfache Medaillengewinnerin Marianne Buggenhagen. 62 Läuferinnen und Läufer, von der wenige Monate alten Frieda bis zu den »Grauen Panthern«, nahmen den 420-Meter-Rundkurs unter die Beine. Für die Barnimer Sportvereine wurden damit 558 Euro erlaufen. Etwa 600 gelaufene Gesamttrunden erbrachten 557,20 Euro für den Verein »Eltern helfen Eltern e.V.« zur Finanzierung der diesjährigen Ferienfahrten.

Jürgen Schubert

Kommentar

Schulen werden allein gelassen

Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung versetzt Bildungsexperten in Aufregung. Darin wird prognostiziert, dass an Grundschulen im Jahre 2025 gegenüber heute etwa 24.000 Lehrer fehlen werden, an den weiterführenden Schulen im Jahre 2030 sogar 27.000.

Während die Kultusministerkonferenz bisher immer von sinkenden Schülerzahlen ausging, hat sich die Studie auf die aktuellen Zahlen des statistischen Bundesamtes und die »Milupa-Geburtenliste« gestützt (Milupa-Babykostenunternehmen, das die aktuellen Geburtenzahlen 2016 deutschlandweit erfasst hat).

Die Bertelsmann-Studie zeigt auf, dass nicht nur Lehrer, sondern auch knapp 2.400 neue Grundschulen im Jahre 2025 fehlen werden. Bereits jetzt gibt es einen Investitionsstau, was die Schulen betrifft. Seriöse Schätzungen sprechen von einem Bedarf für die Schulsanierung in Höhe von etwa 34 Mrd. Euro. Deshalb fordern die Gewerkschaften, aber vor allem auch DIE LINKE, das ins Grundgesetz geschriebene Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern zu kippen. Diese Kleinstaaterei im Bildungswesen gehört abgeschafft, fordern vor allem linke Bildungsexperten. Nur so kann das deutsche Bildungssystem zukunftsfest gemacht werden.

Es kommt jetzt darauf an, Bedingungen zu schaffen, um mit gemeinsamer Kraftanstrengung den Lehrer- und Erzieher Nachwuchs zu sichern. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) stellt fest: »Es ist spät, doch niemals zu spät, die Probleme anzugehen«. Angesichts der Aussagen des Vorsitzenden der Bildungsministerkonferenz, dass man sich Mitte nächsten Jahres mit der Problematik beschäftigen werde, kann man Zweifel bekommen, ob die Konferenz überhaupt gewillt ist, sich den Zukunftsaufgaben zu stellen. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE), die größte Fachgewerkschaft im deutschen Beamtenbund, stellt fest, dass die Situation von der Politik viel zu lange schön geredet wurde. »Schule verändert sich. Inklusion und Integration stellen Herausforderungen für das pädagogische Personal dar. Auch der Ganztagsbetrieb macht zusätzliches pädagogisches Personal notwendig«, sagt der Chef des VBE.

Deshalb ist es ein Gebot der Stunde: DIE LINKE muss mit einer starken Fraktion in den neuen Bundestag einziehen, wenn sich bildungspolitisch etwas ändern soll.

hjm

Genug für alle ... die es bezahlen können

Gedanken zum Thema: Der Mensch und seine Bedürfnisse im kapitalistischen System am Beispiel »Bezahlbarer Wohnraum«

Immer wieder spüren wir eine Unzufriedenheit der Menschen in unserem Land. Folgen sind Misstrauen, Intransparenz und Politikverdrossenheit. Wenden wir uns diesem Thema zu, stellt sich die Frage: Kann Kapitalismus funktionieren, um Bedürfnisse der Menschen umfangreich zu befriedigen, und wer trägt Schuld an unbefriedigenden Lebensverhältnissen?

Immer mehr Obdachlose in Deutschland

Nach Auskunft der Bundesregierung ist die Zahl der Wohnungslosen 2016 in Deutschland auf rund 335.000 gestiegen - ein »Plus« von 35 Prozent im Vergleich zum Jahr 2010. Unter ihnen sind 29.000 Kinder. Die Fraktion der LINKEN im Bundestag hatte nach den Zahlen gefragt. Die Bundesregierung erklärte, an Wohnraum mangle es nicht. Woran dann, in einem Land, in einem System, in dem jeder aufgefangen werden kann. Oder ist es doch nicht so? Die meisten Obdachlosen wollen aus ihrer Obdachlosigkeit heraus und wünschen sich eine eigene Wohnung. Sie haben keine Privatsphäre. In Notunterkünften müssen sie mit Leuten zusammen sein, die sie nicht kennen, und darauf müssen sie sich jeden Tag aufs Neue einstellen. Dazu kommt der Diebstahl von dem wenigen Besitz, den sie eh schon den ganzen Tag mit sich herumtragen. Die Lebensunterhaltskosten auf der Straße sind ungefähr doppelt so hoch wie bei jemanden mit einer normalen Wohnung. Sie benötigen eine Fahrkarte, um sich zu wärmen und kaufen nur die Sachen, die sie gerade essen können.

Angesichts dieser Lebensverhältnisse können wir auch nicht davon reden, dass die Ansprüche dieser Menschen zu groß sind, wie so oft, wenn wir uns sagen: »Man kann nun mal nicht alles haben.«

Großer Bedarf nach sozial sicheren, gemeinnützigen Wohnformen

Es haben sich bundesweite Netzwerke zur Förderung der Wohnungsgemeinnützigkeit gebildet. Mehr als 100 Jahre waren die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen wichtige Träger der Wohnungsversorgung für Menschen aus der Arbeiterschaft, für Angestellte und Beamte unterer Besoldungsgruppen. Ein grundgesetzlich geschütztes und garantiertes Menschenrecht wurde das Wohnen in der Bundesrepublik

Deutschland jedoch nie. Die alte Gemeinnützigkeit wurde 1990 willkürlich abgeschafft. Der Staat hat damit jede aktive soziale Wohnungspolitik aufgegeben und sich auf Markt- und Steueranreize für die private Wohnungswirtschaft beschränkt. In der Folge ist es zu drastischen Mietsteigerungen gekommen, der soziale Wohnungsbau ist faktisch zusammengebrochen, immer mehr Wohnungen fallen aus der Sozialbindung heraus, so dass trotz



wachsendem Bedarf an Sozialwohnungen das Angebot immer knapper wird.

Der Markt versagt nicht - er orientiert sich am Gewinn

Die Bedürfnisbefriedigung ist nicht das Ziel, hier ist Marktwirtschaft ineffizient, egoistisch, grausam. Dabei bringt die Arbeit einen enormen materiellen Reichtum hervor. Ob Lebensmittel, Kommunikationstechnik oder eben Wohneigentum, es gibt alle möglichen nützlichen Dinge in verschiedensten Ausführungen und Qualitäten. Dafür wird die Marktwirtschaft auch häufig genug gelobt, und volle Schau-fenster werden als Beweis ihrer Leistungsfähigkeit in Sachen Bedürfnisbefriedigung angeführt. Der vorhandene Mangel an grundlegenden Sachen im Kapitalismus entspringt weder dem Mangel an Ressourcen noch einer Überzahl an Menschen. Es gibt keinen natürlichen Grund dafür, warum elementare Bedürfnisse von Menschen unbefriedigt bleiben. Und doch herrscht Mangel an Wohnraum. Warum? In dieser Gesellschaft wird ausgeschlossen, wer nicht zahlt, ein handfester Grund, warum so viele Bedürfnisse unbefriedigt bleiben.

Nicht Bedürfnisbefriedigung, sondern Geld zählt!

Es geht also nicht um Bedürfnisbefriedigung, sondern um Geldertrag! Liegt darin überhaupt ein Gegensatz? Jeder weiß, dass an vielen nützlichen Sachen Preisschilder hängen und diese Preise vor dem Gebrauch der Produkte erst einmal bezahlt werden müssen. Dient das Geld dann einfach nur als praktischer Mittler, um an Güter des Bedarfs zu kommen, und dienen die Preise der Verteilung der Güter? Produkte sind letztlich Mittel zum Zweck: Geld zu bekommen. Mit dem Wegfall der Gemeinnützigkeit blieb den Wohnungsunternehmen nur ein wirtschaftliches Interesse. Erhalt oder Ausbau eines preisgebundenen Wohnungsbestandes war nicht mehr Ziel. Als Folge verringerte sich der Bestand an Sozialwohnungen von rund 5 Millionen im Jahr 1989 auf circa 1,46 Millionen im Jahr 2013 (Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage der Bundestagsabgeordneten Caren Lay vom 16. Juli 2015). Die zahlungsfähige Nachfrage geht vor. Gebaut wird nur noch für Reiche, weil sich mit ihnen Profit machen lässt. Rentner, Mindestlohnempfänger und Studierende sind außen vor.

Umdenken tut not

Ob bestimmte Güter für die Befriedigung bestimmter Bedürfnisse ausreichen, ist in der Regel eine Frage der Produktion. Wir sollten uns also fragen: Wofür wird im Kapitalismus produziert und wofür nicht? Fakt ist: der Kapitalismus ist ein Wirtschaftssystem, das der Bedürfnisbefriedigung sehr vieler Leute entgegen steht. Auf den Staat zu hoffen ist vergebens, weil der diese Verhältnisse einrichtet, betreut und nach Möglichkeit verbessert - für das Wirtschaftswachstum, nicht für die Menschen. Die Beschränkung der eigenen Bedürfnisse, wie es uns immer so schön eingeredet wird, wird die Situation nicht verbessern.

Vorschläge für Veränderungen findet ihr im Wahlprogramm der LINKEN unter: Die Mieten runter! Neustart für den sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau und ein grundlegend verbessertes Mietrecht - ein gutes Argument, DIE LINKE zu wählen.

Wege über´s Land

Unsere Bundestagsabgeordnete auf ihrer traditionellen Sommertour unterwegs



Am 17. Juli 2017 war es soweit, für die von Kirsten Tackmann übergebene Spende (Weitergabe der Diätenerhöhung) wurden für die Kita Klempower Seesterne ein Hochbeet und ein Bollerwagen gekauft und durch die Kinder freudig in Besitz genommen.
Foto: Anette Bock



Keine Probleme mit den großen Wassermengen aus den Niederschlägen der letzten Tage hatte laut Vorstandsvorsteher Joachim Stoltz der Wasser- und Abwasserverband »Dosse« in Neustadt.

Foto: Anette Bock

Auszug aus der Weitergabe der Diätenerhöhung durch Kirsten Tackmann - Jahr 2017

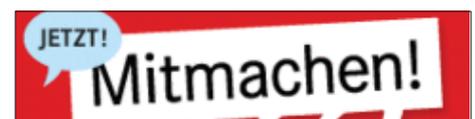
- 200 Euro an die Seniorenkameradschaft der Feuerwehr Wittstock zum 25. Jahresjubiläum
- 90 Euro für Kinokarten »Der junge Marx« an die Gewinner der Freikarten in Neuruppin (02.03.2017)
- 100 Euro an den Frauentreff Wittstock für ihre Frauentagsfeier (13.03.2017)
- 395 Euro an den Jugendmigrationsdienst Prignitz für den Besuch der Grünen Woche mit einer Gruppe Geflüchteter (15.03.2017)
- 200 Euro an die Kyritzer Arbeitsgemeinschaft der Rheuma-Liga zur 20-Jahr-Feier (15.03.2017)
- 200 Euro an die Integrations-Kita Wusterhausen/Dosse für Hochbeete (28.03.2017)
- 300 Euro für das Kunstprojekt »Frauen in Kyritz« (23.04.2017)
- 200 Euro für das Maifest in Pritzwalk (02.05.2017)
- 300 Euro für Rock am Rhin
- 200 Euro an die Freundschaftsgesellschaft Alt Ruppin
- 100 Euro an den Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen (Erhard Stenzel) für das Zeitzeugen-Filmprojekt über die noch lebenden deutschen Widerstandskämpfer in der Résistance (30.05.2017)
- 100 Euro an die Seniorenkameradschaft der Feuerwehr Königsberg
- 100 Euro an die Feuerwehr Heiligen-grabe-Wittstock (02.07.2017)
- 200 Euro an Juliane Nagel (MdL) für einen Solifonds für Ermittlungsverfahren gegen Demoanmelderin

Interessante Wahlmaterialien

Die ersten zentralen Materialien für den Bundestagswahlkampf sind in der Geschäftsstelle der LINKEN in Neuruppin/Schinkelstraße sowie in den Geschäftsstellen der Regionalverbände noch vorrätig und können abgeholt werden. Kreisvorstand und Regionalvorstände haben in den vergangenen Wochen ihre konkreten Aufgaben im Wahlkampf beraten und festgelegt. Die ersten Infostände starteten bereits an zentralen Plätzen und fanden regen Zuspruch.

Unsere langjährige und bewährte Bundestagsabgeordnete - erneut Spitzenkandidatin für den Bundestag - Kirsten Tackmann, im ganzen Wahlkreis 56 vielen Bürgern durch ihre unermüdliche Tätigkeit als Abgeordnete gut bekannt, stellte sich in vielen Veranstaltungen und Bürgergesprächen bereits mehrfach vor.

Wir erhielten zahlreiche Anfragen, weshalb in den Lokalzeitungen von ihren Aktivitäten so wenig die Rede ist. Dazu



muss gesagt werden, dass den beiden örtlichen Zeitungen genügend Material von ihr zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt wird. Leider wird relativ wenig davon veröffentlicht - weil die außerordentlich rührige Bundestagsabgeordnete und Kandidatin Tackmann, die sich seit Jahren für die Bürger des Kreises einsetzt, eine LINKE ist???

ch-

Land für 660 Kyritzer Bauern und Landarbeiter

Vom Umgang mit der eigenen Geschichte: die Kyritzer Bodenreform-Stele

Aus Anlass des 70. Jahrestages der Bodenreform am 2. September diesen Jahres, eigentlich durch uns initiiert, sollte neben einer würdigen Festveranstaltung eine Bodenreform-Stele an einem damit im Zusammenhang stehenden Standort aufgestellt werden. Ein letzter, relativ wertfreier und als Kompromiss vorgeschlagener Text der Fraktion der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung lautete wie folgt:

»Basis der Bodenreform war der Grundkonsens der Alliierten und der nach Kriegsende zugelassenen Parteien (SPD, CDU, KPD und LDPD), eine umfassende Bodenreform in ganz Deutschland durchzuführen. Die Bodenreform war eine der ersten Maßnahmen der antifaschistischen demokratischen Umgestaltung, die wiederum Schlussfolgerung aus Faschismus und Krieg war.

Hatte die Kreisstadt Kyritz 1939 6.124 Einwohner, lebten nach Kriegsende im Landkreis etwa dreimal so viele Menschen wie in der Vorkriegszeit, weil immer mehr Flüchtlinge, Vertriebene und Umsiedler Unterkunft suchten. In dieser Situation spielten besonders die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung und die Integration der Vertriebenen und Umsiedler vor Ort eine zentrale Rolle. Die Zuteilung von Land bot ihnen Erwerbs- und Überlebensmöglichkeiten sowie einen Neubeginn.

Alle Eigentümer landwirtschaftlicher Betriebe mit einer Fläche von mehr als 100 Hektar, etwa 3,3 Mio. Hektar Land der Großgrundbesitzer sowie die Eigentümer, die von den Alliierten als Kriegsverbrecher eingestuft waren, wurden vollständig und entschädigungslos enteignet.

Begünstigte dieser Reform waren in der sowjetischen Besatzungszone 82.500 landlose und landarme Bauern, 183.000 Landarbeiter, Handwerker, Umsiedler, Kleinpächter und Vertriebene. Im Gebiet der Stadt Kyritz und ihrer Ortsteile wurden im Zuge der Bodenreform insgesamt 21 landwirtschaftliche Betriebe enteignet. Es erhielten in Kyritz und den Ortsteilen insgesamt 660 Personen 1 bis über 15 ha Land durch die Bodenreform.

Auch wenn die Bodenreform wegen ihrer Radikalität bis heute politisch umstritten

ist, gilt der festgeschriebene Grundsatz der Nichtrückgängigmachung besatzungshoheitlicher Entscheidungen von 1945 bis 1949«.

Nach langjähriger, aufwändiger Diskussion zur Gestaltung der Stele - inhaltlich hat eine solche gar nicht stattgefunden, die Stadtverwaltung und die Mehrheit der Stadtverordneten wollte sie nicht - wurde obiger Kompromissvorschlag vom Hauptausschuss abgelehnt und in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mit einem Satz abgeschmettert:

»Das Hotel »Zum schwarzen Adler« wurde nach dem 2. Weltkrieg weit über Kyritz hinaus bekannt, da Wilhelm Pieck, zu dieser Zeit Vorsitzender des Zentralkomitees der KPD und später erster und einziger Präsident der DDR, im damaligen Kino am 2. September 1945 in einer viel beachteten Rede die Bodenreform ankündigte.«

Man darf schon mal gespannt sein, wie bei der Entwicklung des Kulturstandortes »Kyritzer Klostersviertel« in einem ange-dachten Museum der entsprechende Geschichtszeitraum dargestellt werden wird, ohne Konzeption und Fundus. Soweit zum Umgang mit eigener Geschichte, hier zur Bodenreform.

DIE LINKE. im Parlament

Der Vorsitzende der Stadtfraktion der LINKEN Dieter Groß gab dazu folgende persönliche Erklärung ab:

»Ich lehne den Beschlussvorschlag SV/038/2017 mit folgender Begründung ab: Zunächst erinnere ich an den einstimmig von 17 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschluss SV/045/2015 vom 8.7.2015:

»Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kyritz stimmt der Aufstellung einer Stele anlässlich des 70. Jahrestages der Bodenreform vor dem Gebäude der Rossmann-Filiale in der Maxim-Gorki-Straße zu.

Der Text der Stele wird in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung



Bodenreform-Gedenkstätte in Kyritz

Foto: K. Normann

am 26.08.2015 zur Abstimmung gestellt.«

Mit dem Textvorschlag in der heutigen Vorlage »Stele Bodenreform« wird vorrangig nur die Geschichte eines ehemaligen Gebäudes dargestellt. Selbst unter Beachtung der beidseitigen Gestaltung wird dies dem o. a. Anliegen des Stadtverordnetenbeschlusses nicht gerecht. Ein einziger, letzter Satz im Text verweist auf die Rede W. Piecks, mit der am 2. Sept. 1945 die Bodenreform für die sowjetische Besatzungszone angekündigt wurde.

Damit wird dem eigentlichen Anliegen des nach wie vor gültigen Beschlusses der StVV von 2015 nicht entsprochen.

Da eine inhaltliche Diskussion, selbst in der gebildeten Arbeitsgruppe, zu einer Textempfehlung zur Bodenreform für die StVV nicht stattgefunden hat, mein Änderungs- und Ergänzungsantrag (unter Berücksichtigung von Hinweisen durch Dr. Conraths) als Alternative zur Sitzungsvorlage im Hauptausschuss mehrheitlich abgelehnt wurde, sehe ich mich veranlasst, gegen die Vorlage zu stimmen«.

Die Erinnerungen, zuletzt die Verlegung von Stolpersteinen, dem »Tag der Befreiung« am 8. Mai 1945, der letzten Lesung »Wider das Vergessen«, von Repräsentanten der Stadt herausgestellt und zu Recht unter Teilnahme junger Menschen an diesen Veranstaltungen gewürdigt, auch die zum 70. Jahrestag der Bodenreform, zeigen uns, wie man mit geschehener Geschichte umgehen kann.

Das Thema Bodenreform sollte im künftigen Museum des Kulturstandortes Kloster eine angemessene, wertfreie und objektive Beachtung finden.

Maren-S. Schulz
Dieter Groß, Kyritz

Die Russland-Beziehungen weiter pflegen (Folge 10)

Berichten die »Freien Medien« wirklich allseitig und umfassend?

Die Regierung und das Parlament der Krim hatten die Zusage der Regierung Janukowitsch bereits im Dezember 2013 eingeholt, am Autonomie-Status nicht zu rütteln, um die stark russisch geprägte Kultur in der Region auch in Zukunft pflegen zu können und die engen Beziehungen zu Russland aufrecht zu erhalten. Mit zunehmender Dämonisierung des Präsidenten durch die Medien, national und international, und mit zunehmender Gewalt auf dem Maidan, nahm auch deren Zuversicht ab, dass der Präsident und die Regierung die Kraft haben, die verfassungsrechtliche Ordnung wieder herzustellen. Daher unterstützte sie die anti-Maidan- und präsidententreuen Demonstrationen direkt, indem viele hundert Krimaner, mit Bussen transportiert, direkt an vielen Gegendemonstrationen teilnahmen.

Wie Sie alle leider zur Kenntnis nehmen konnten, stand in den hiesigen Medien und auch in den Medien der Ukraine nicht eine Zeile und nicht ein Wort, dass es auch große Demonstrationen gegen die Putschisten gab. So genannte »Freie Medien« sind immer so frei, wie sie dem programmierten »Mainstream« entsprechen, wirkliche Informationen, die die Realität beschreiben und zur Meinungsbildung beitragen könnten, sind nicht erlaubt, bzw.

werden unterlassen.

Auch die Polizei in Kiew, die trotz massiver Bedrängnis und körperlicher Schädigungen die Weisung des Präsidenten hatte, zu deeskalieren, nicht gewalt-sam vorzugehen und nicht zu schießen, wurde mit Polizei-Kräften von der Krim verstärkt.

In Anbetracht der sichtbaren grenzenlosen Gewalt der militanten Maidan-Demonstranten, wurden auf der Krim selbst schon im Dezember 2013 Vorsorgen getroffen und Volks-Milizen aufgestellt.

So wendete sich in jenen Dezember-Tagen der Oberste Rat der Krim an die Einwohner der Halbinsel mit folgenden Worten: »Durch die Anwendung von Technologien der Farbrevolution wollen die Organisatoren der Straßentumulte in Kiew um jeden Preis die Macht im Land ergreifen. Wir kennen die Sponsoren und Rädelsführer dieses verbrecherischen Unterfangens sehr gut und können mit aller Sicherheit behaupten, dass die zerstörerischen Prozesse in erster Linie den autonomen Status der Krim betreffen wer-



den. Heute steht die Krim vor der Wahl: entweder die gewaltsame Maidanisierung zu erdulden oder den antistaatlichen und der Krim gegenüber feindseligen Kräften entschiedenen Widerstand zu leisten. Deswegen wenden wir uns an jeden von euch, unabhängig von der nationalen Zugehörigkeit, der Konfession, den politischen Ansichten, mit dem Aufruf, unsere gemeinsame Position zu demonstrieren. Unsere Autonomie ist in Gefahr! Seid bereit, für ihre Verteidigung einzustehen.«

(wird fortgesetzt)

Karl-Heinz Schindler

Freundschaft ist uns wichtig

Ein Rückblick über die Arbeit der Gruppe Alt Ruppin der Freundschaftsgesellschaft

Unsere Arbeit in den vergangenen Jahren war vorwiegend auf die Erhaltung und Vertiefung der Gedenk- und Erinnerungskultur gerichtet. Nicht nur an den Gedenktagen, sondern stets sind wir gemeinsam bemüht, dass wach gehalten wird, wer die größten Opfer im zweiten Weltkrieg trug. Wir pflegten die Grabstätten (der sowjetischen Soldaten, d. Red.) und machen darauf aufmerksam, wenn sich an den Gedenkstätten Unrat sammelt oder Schmierereien sichtbar sind. Oft sind aber - und das nicht nur zum 8. Mai - frische Blumen und auch mal ein brennendes Grablicht zu sehen.

Bei den Besuchern der Ehrenfriedhöfe sind neue Freundschaften mit Familien der ehemaligen Sowjetunion entstanden. Wichtig war uns dabei vor allem, die Freundschaft mit den Menschen dieser

Staaten und das Verständnis für ihre Art zu leben, zu vertiefen. So hat unsere Galina ihre Heimatstadt Poltawa in der Ukraine nach Jahren wieder besucht und uns diese mit Lichtbildern vorgestellt. Mit solchen und anderen unterschiedlichen Veranstaltungen, die die globalen und weltpolitischen Prozesse von verschiedenen Standpunkten heraus aufzeigten, haben wir versucht, Antworten auf Fragen zur politischen Entwicklung zu geben. Was aber am Ende jedoch immer wieder betont wurde, war: Frieden, Freundschaft, Demokratie und Solidarität mit allen Völkern, besonders mit den Völkern Russlands, sind weiter in die Herzen der Menschen zu tragen!

Vor allem freut uns, dass auch viele Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben Neuruppins zunehmend an unseren Veran-

staltungen teilnehmen und mit Beiträgen unsere Arbeit unterstützen. Da sind zum Beispiel unsere Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann, die leider verstorbene hervorragende Künstlerin Marianne Kühn-Berger, aber auch der Vorsitzende unserer Stadtverordnetenversammlung Gerd Klier.

Auch in diesem Jahr 2017 werden wir mehrere Veranstaltungen, insbesondere unter dem Aspekt des 100. Jahrestages der Oktoberrevolution, durchführen. Einige Termine stehen schon fest.

Rudi Menzel

(Wir entnehmen diesen Artikel der Zeitschrift Freundschafts-Echo, dem Mitteilungsblatt der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. 1/2017)

Verändern ist unser Ziel

10 Jahre DIE LINKE – zu tun bleibt noch viel

Am 16. Juni 2017 jährte sich zum 10. Mal die Gründung unserer Partei. Die Fusion zwischen PDS und WASG war das Ergebnis einer Vorgeschichte, die es in sich hatte. Ein Geburtshelfer war die Protestbewegung gegen eine heftige neoliberale Kapitaloffensive (Agenda 2010), die sich gegen die Interessen der abhängig Beschäftigten richtete, sodass das Bedürfnis nach einer starken kämpferischen linken Partei wuchs.

Die PDS hatte sich Anfang der 90er Jahre Anerkennung erworben als eine Partei, die für die Interessen der Ostdeutschen eintrat, sich in ostdeutschen Landtagen gegen die Deindustrialisierung stellte, gegen die Abwicklung des öffentlichen Dienstes, gegen die Diffamierung der DDR, gegen den Bereicherungsfeldzug der Banken und Konzerne, die im Bundestag gegen den Jugoslawienkrieg opponierte und sich als Friedenspartei etablierte. Seit Mitte der 90er Jahre war die Ausstrahlung der PDS verblasst, sie sah sich als eine Regierungspartei im Wartezustand. Ab 1996 regierte die PDS in Mecklenburg-Vorpommern mit, unter Roland Claus gab es die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt und den Abschluss einer Koalitionsvereinbarung am 17. Januar 2002 mit der SPD in Berlin. Es begann der Prozess der Anerkennung der westlichen Wertegemeinschaft, das Bekenntnis zur NATO, es wurde vom Unrechtsstaat DDR gesprochen usw. Die Quittung für solch eine Selbsterniedrigung gab der Wähler im September 2002 bei der Bundestagswahl, wir wurden im Bundestag und sonst wo nicht wirklich mehr gebraucht.

Ab 2003 brachte die SPD unter Schröder im Eiltempo die Agenda 2010 auf den Weg. Dagegen protestierten viele Menschen, in den Gewerkschaften und der SPD selbst. In dieser Situation, wo die SPD Tausende von Mitgliedern verlor, wo sich das öffentliche Bewusstsein von Millionen veränderte, wo es zur spontanen Politisierung kam, gründete sich die WASG als Ergebnis der Entwicklung. Sie war das Sammelbecken von Ex-SPD-Mitgliedern, »heimatlosen« Linken und Gewerkschaftern im Westen Deutschlands. Es lag in der Luft, dass sich eine West-Linke und eine Ost-Linke vereinigen. Es war das Ergebnis eines Klassenkampfes von unten gegen die Agenda 2010.

Mit der Konstitution der LINKEN war eine größere Partei mit klarem linken Profil entstanden. Der Charakter der anderen Parteien in dieser Auseinandersetzung offenbarte hier ein neoliberales

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

01.09.	Johanna Rosenberg	Neuruppin	zum 91.
01.09.	Günter Wissel	Kleinzerlang	zum 75.
02.09.	Gisela Beckmann	Kyritz	zum 79.
18.09.	Anne Klann	Wittstock	zum 83.
19.09.	Sigrid Stolz	Wall	zum 74.
24.09.	Regina Augner	Neuruppin	zum 62.
26.09.	Werner Schimmelpfennig	Lindow	zum 86.
27.09.	Bernd Ewert	Zechlinerhütte	zum 63.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

Bei uns können Sie Visionen haben und niemand schickt Sie zum Arzt. **DIE LINKE.**

Parteienkartell. Ein linkes Lager war und ist bis heute nicht zu erkennen.

DIE LINKE wurde mit der Vereinigung von PDS und WASG zu einer gesamtdeutschen Partei. DIE LINKE vollzog gegenüber der PDS politisch und programmatisch einen Kurswechsel nach links. Sie korrigierte die auf dem Chemnitzerteiltag 2003 vollzogene Entsorgung des Marxismus und legte 2011 mit dem Erfurter Programm eine taugliche Analyse der Situation des gegenwärtigen Kapitalismus hin. Sie bezeichnete sich als eine Partei, die »für einen Systemwechsel« kämpft. Sie grenzt sich von allen anderen Parteien ab, »die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen« (Präambel des Programms).

DIE LINKE verstand es, mit ihrer Programmatik und dem Personalangebot sowie den an den Interessen der lohnabhängig Beschäftigten orientierten sozialen und politischen Forderungen, sich als glaubhafte Alternative gegen ein neoliberales Parteienkartell zu etablieren. Sie fand Anerkennung als Friedenspartei, als Protestpartei, als Partei der Prekarierten, als antikapitalistische und systemverändernde Partei sowie als Antiprivatisierungspartei. Sie verlor immer dort an Zustimmung und politischer Stärke, wo sie ihre Grundsätze zur Disposition stellte und sich als Regierungspartei an der neoliberalen Politik beteiligte.

Mit dieser Politik erreichten wir 2009 die größte Zustimmung in der Bevölkerung. Diese Erfolgsstory währte nur wenige Jahre. Die derzeitige Situation in Deutschland ist gekennzeichnet von einer stabilen hegemonialen Herrschaftskonstellation zu Gunsten des Kapitals und einer fortlaufenden neoliberalen Kapitaloffensive. DIE LINKE steht vor der Entscheidung, entweder diese Offensive mitzutragen oder Operationsbasis des gesellschaftlichen Widerstandes zu sein, in den Parlamenten wie außerhalb.

Die Grundlagen linker Politik sind und bleiben die Interessen der lohnabhängig Arbeitenden - wenn DIE LINKE dies negiert, verdient sie diesen Namen nicht. DIE LINKE hat die Aufgabe, gesellschaftliche und politische Kräfteverhältnisse zu verändern, die Zusammenarbeit linker Kräfte voranzutreiben, über gegebene Zustände aufzuklären, Abwehrkämpfe gegen Projekte der neoliberalen Politik zu organisieren, den Kampf um konkrete Verbesserungen in den Parlamenten, auf der Straße und in den Betrieben zu führen. Als Fazit bleibt - DIE LINKE wird trotz all ihrer inneren Widersprüchlichkeit gebraucht, sie hat Potenzial, sie ist eine Minderheit, aber keine unbedeutende. Zu tun bleibt noch viel! *en*

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. KV. OPR

IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61

Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin

SOMMERFEST
DER LINKEN IN WITTSTOCK
19. August 2017 13-20 Uhr
Amtshof

✓ SWING von RETROSPEKTIV
✓ KLATSCHMOHN
das Damen-Trio aus Thüringen

Politik-Talk mit Kirsten Tackmann,
sowie mit Politikern aus Land, Kreis und Kommune

Vereine und Initiativen stellen sich vor, Essen und Trinken,
Hüpfburg, Kinderschminken, Basteln und ganz viel mehr ...

*für Vielfalt und Toleranz

Wir danken der Stadt Wittstock
für die Unterstützung!

DIE LINKE.
BRANDENBURG

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**
Tel.: 03391/2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Die. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 03394/4031363
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 10.00 - 12.00
Do. 16.00 - 18.00

Margitta Mächtig, Landtagsabgeordnete
Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**
Tel.: 033971/304941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

**DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin**
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Justin König**
1. Montag des Monats 14.00 - 16.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

Termine (Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Mittwoch, 16.08.17	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Montag, 21.08.17	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Mittwoch, 23.08.17	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 04.09.17	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 04.09.17	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Donnerstag, 07.09.17	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin
V.i.S.d.P.: Paul Schmudlach, E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Redaktion: Jürgen Schubert (js, verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-),
Hans-Joachim Müller (hjm), Egbert Nowack (en), Marco Christian Wiese (MaC)

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Fr., 25.08.2017
Erscheinungsdatum: Mi., 06.09.2017